

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates Stadtprozelten am Donnerstag, 20.06.2024 im Sitzungssaal im Rathaus Stadtprozelten

Anwesende:

2. Bürgermeister

Herr Forstdirektor a. D. Walter Adamek

3. Bürgermeister

Herr Christian Johné

Mitglieder Stadtrat

Herr Matthias Blum

Frau Daniela Götz

Herr Jens Greulich

Frau Monika Kirchner-Kraft

Frau Regina Markert

Herr Hartmuth Piplat

Herr Jürgen Weiskopf

Frau Petra Werthmann

Herr Joachim Zöller

Schriftführer

Herr Eric Jaromin

Entschuldigt:

1. Bürgermeister

Herr 1. Bürgermeister Rainer Kroth

entschuldigt

Mitglieder Stadtrat

Herr Sven Schork

entschuldigt

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 22:50 Uhr

Der 2. Bürgermeister eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Es waren 4 Bürgerinnen und Bürger anwesend.

Einwände zum letzten Sitzungsprotokoll wurden nicht erhoben.

Stadtrat Weiskopf merkte an, dass der Punkt „Bürgerfragen zur Tagesordnung“ fehle.
2. Bürgermeister Adamek versprach nach der Tagesordnung Bürgerfragen zuzulassen.

TOP 1 Bericht des Bürgermeisters

a.) Schäfflertanz

Der Schäfflertanz am 01.06.+02.06.2024 war ein voller Erfolg. Durch die tatkräftige Unterstützung vieler ehrenamtlicher Helfer konnte die Tradition wieder neu erlebt werden. Herr Adamek bedankte sich hierfür.

b.) Sommerlese

Die 1. Sommerlese im Jahr 2024 war mit ca. 40 Zuschauern gut besucht. Die Rückmeldungen waren durchweg positiv.

c.) Wasserrohrbruch

In der Nacht vom 17.06. auf den 18.06.2024 wurde ein Wasserrohrbruch zwischen Stadtprozelten und Neuenbuch an der Hauptleitung festgestellt. Sowohl der Bauhof als auch eine Baufirma wurden um 05:00 Uhr fröhlich verständigt und konnten die Wasserversorgung für den Ortsteil Neuenbuch am selben Tag wiederherstellen.

Stadtrat Zöller merkte an, in Zukunft bei solchen Geschehnissen die örtlichen Feuerwehren mit einzubinden.

2. Bürgermeister Adamek stimmte der Anmerkung zu und werde dies auch bei den Stadtwerken Wertheim ansprechen.

d.) Neubau Kindergarten

2. Bgm. Adamek informierte über den aktuellen Stand des Kindergartenneubaus. Die Arbeiten seien im Zeitrahmen. Die nächsten Vergaben stehen im nichtöffentlichen Teil an.

Stadträtin Götz brachte ein, dass die Firma Wertheim Holzhaus insolvent sei. Hier sollte geprüft werden, welche Auswirkungen dies auf den Kindergartenneubau habe, da die Firma auch hier einen Arbeitsauftrag habe.

Herr Adamek habe diesbezüglich noch keine Information, werde aber bei der kommenden Baustellenbesichtigung um Klärung nachfragen..

Stadtrat Zöller erinnerte noch an den aktualisierten Ablauf- und Finanzierungsplan für den Stadtrat.

e.) Gemeinde-App

2. Bürgermeister Adamek informierte, dass die Firma Cosmema GmbH in der nächsten Stadtratssitzung eine Gemeinde App vorstellen möchte. Diverse umliegende Gemeinden haben eine Gemeinde

App bereits. Herr Adamek sehe hier große Vorteile um Informationen, wie z.B. ein Wasserrohrbruch schnell zu verbreiten. Es sollen auch noch andere Anbieter angefragt werden.

- f.) Bahndurchlässe Judenthor und Oberthor
Die Bahndurchlässe Judenthor und Oberthor werden im Auftrag der Deutschen Bahn von der Firma Marktgraf erneuert. Die intensiven Arbeiten sollen im September starten. Hierüber wird es noch eine Bürgerinformation geben. Auf Nachfrage bei der Deutschen Bahn wurde die Stadt unterrichtet, dass die vorgesehene Schließung der Bahndurchlässe „Kirche“ und „Schlerpf“ nicht vor 2026 stattfinden wird.
- g.) Hochwasserschutz und Ortsumfahrung
Den aktuellen Stand und das weitere Vorgehen wird das Ingenieurbüro im Juli dem Stadtrat vorstellen.
- h.) Städtebauförderung
2. Bürgermeister Adamek berichtete, dass am 08.07.2024 ein Orientierungsgespräch im Landratsamt stattfinden soll.
- i.) Asylbewerber
Am 29.05.2024 fand ein Gespräch mit den Asylbewerbern in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt und Caritas statt. Hierbei wurden den Asylbewerbern die Gegebenheiten sowie die Erwartungen der Stadt nahegebracht. 2. Bgm. Adamek lobte die rege Beteiligung. In nächster Zeit sollen Sprachkurse und weitere Angebote folgen.

Stadträtin Götz gab wider, dass es aufgrund des geringen Personals schwierig sei, Sprachkurse zu organisieren.

Stadtrat Greulich merkte an, den Organisator von Dorfprozelten mit einzubeziehen.

Dieser sei laut Herrn Adamek bei den Gesprächen dabei gewesen.

- j.) Biosphärenreservat
2. Bürgermeister Adamek berichtete vom Info-Gespräch in Collenberg. Die Gemeinden hätten bei der Beschlussfassung keinen zeitlichen Druck.
- k.) Stadtrat Zöller fragte nach, ob es möglich sei im Hinblick auf den letzten Wasserrohrbruch, eine elektronische Lösung/ Melder zu finden, welche beim Leerlaufen des Hochbehälters anschlägt.

2. Bürgermeister Adamek informierte, dass elektronische Schieber bereits im Gespräch wären.

Stadtrat Zöller wollte wissen, ob es Folgeschäden von dem Rohrbruch 17.06. auf 18.06. gebe.
Dies konnte Herrn Adamek verneinen.

TOP 2 Ergänzung zum Beschluss über den Haushalt 2024; Auswirkung auf die Grundsteuerhebesätze in den Folgejahren

Im Rahmen der Haushaltsplanung 2024 wurden zur Finanzierung des Finanzplanungszeitraumes 2025 bis 2027 u. a. deutlich höhere Grundsteuereinnahmen veranschlagt, als dies bisher der Fall war.

Bereits in den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss wurde seitens der Verwaltung deutlich gemacht, dass eine Finanzierung der anstehenden Großprojekte mit der damit einhergehenden Erhöhung des Schuldendienstes nicht ohne gleichzeitige Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer machbar sein wird.

Gleichzeitig wurde die Darlehensfinanzierung für die Projekte in diesem und im folgenden Jahr dergestalt eingeplant, dass für einen Großteil der Darlehen, ca. 2, 5 Mio. €, Förderdarlehen mit einer Laufzeit von 30 Jahren und 5 tilgungsfreien Anlaufjahren in Anspruch genommen werden.

Das Landratsamt Miltenberg sah im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Haushalt in einem gemeinsamen Gespräch mit 2. Bürgermeister und Kämmerer am 21.05.2024 die finanzielle Leistungsfähigkeit durch die hohen Darlehensaufnahmen in den Jahren 2024 und 2025 als besorgniserregend an und empfahl grundsätzlich, soweit möglich, Maßnahmen zu verschieben. Die Rechtsaufsicht sah es insbesondere als problematisch an, dass sich die finanzielle Belastung der Stadt nochmals drastisch erhöhen wird, wenn die tilgungsfreie Zeit der Förderdarlehen in 5 Jahren auslaufen wird.

Unabhängig davon sieht das Landratsamt es vor einer Genehmigung eines Haushaltes, mit dem sich die Stadt auf Jahrzehnte in ihrer Finanzplanung bindet, als erforderlich an, dass sich diese Folgewirkungen dem Stadtratsgremium deutlich bewusst ist. Dies sei aus den vorgelegten Unterlagen nicht klar erkennbar. Des Weiteren sollte deutlich werden, dass der Stadtrat die Bereitschaft erklärt, den Schritt einer gravierenden Steuererhöhung mitzutragen und zu einem diesbezüglichen Beschluss ggf. im Herbst d. J. zu einer Hebesatzänderung bereit ist.

Im Haushalt der Stadt ist die Grundsteuerentwicklung wie folgt vorgezeichnet:

2024: 151.500 € Einnahmen (wie im Vorjahr, also keine Steigerung)

2025: 310.000 € Einnahmen (Steigerung um 104,62 %)

2026: 380.000 € Einnahmen (Steigerung im Vergleich zu 2024 um 150,83 %)

2027: 340.000 € Einnahmen (Steigerung im Vergleich zu 2024 um 124,42 %)

Bei einer angenommen Grundsteuerbelastung von beispielsweise aktuell 250 € für ein Einfamilienhaus bedeutet dies eine Steigerung im Jahr 2025 um 261,55 € im Jahr.

Dass dies eine erhebliche Mehrbelastung für die Steuerzahler sein wird, wurde bereits in den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss besprochen und daher vorgeschlagen, im Herbst dieses Jahres intensiv die finanziellen Möglichkeiten der Stadt auszuloten, damit eine derart massive Steuererhöhung vermieden werden kann. Andererseits bleibt festzuhalten, dass der Stadt bei unveränderter Lage keine andere Möglichkeit verbleibt, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen, wenn sie nicht bereit ist, in den Folgejahren massiv die Hebesätze der Grundsteuer anzuheben.

Nicht verschwiegen werden soll an dieser Stelle, dass nach Ablauf des 5-jährigen tilgungsfreien Zeitraumes bis 2029 anschließend der Schuldendienst jährlich um 100.000 € ansteigen wird. Auch hier werden, wenn sich keine anderen Möglichkeiten ergeben sollten, nochmals weitere deutliche Steigerungen der Steuerhebesätze erforderlich sein.

Aus Sicht der Verwaltung ist das Ansinnen des Landratsamtes nachvollziehbar. Gleichwohl darf darauf hingewiesen werden, dass die im Haushalt vorgesehenen Steuererhöhungen in diesem Umfang nur dann realisiert werden müssen, wenn sich in der Zukunft keinerlei Verbesserung der Einnahmesituation einstellen sollte.

Tatsächlich wurde aber bereits bei den Haushaltsberatungen darauf hingewiesen, dass zur Haushaltsfinanzierung noch gewisse Stellschrauben gegeben sind, die noch nicht voll ausgereizt sind, sowohl was die Einnahmen-, als auch die Ausgabenseite angeht. Hieran sollte auf jeden Fall noch gearbeitet werden. Allerdings ist auch klar, dass trotz aller Bemühungen diesbezüglich eine starken Anhebung der Hebesätze auch dann unvermeidlich bleiben wird.

Dem Stadtrat bleibt es aber letzten Endes überlassen, wie er sich entscheidet. Sollen die Projekte aus der Haushaltsplanung 2024 verwirklicht werden, hier insbesondere der Neubau der Kindertageseinrichtung, muss auch die Bereitschaft dafür da sein, gegebenenfalls die Steuerhebesätze in den Folgejahren zu erhöhen. Ist dies der Stadtrat nicht, bleibt ihm nur die Streichung von Projekten, da eine reine Verschiebung der Ausgaben auf Folgejahre die Problematik nicht auf Dauer lösen wird.

2. Bürgermeister Adamek erläuterte nochmals die Bedeutung und Notwendigkeit der anstehenden Entscheidung. Nach Ankündigung der Verschiebung der Schließung zweier Bahndurchlässe erschließt sich für die Stadt die Möglichkeit, Baumaßnahmen zurückzustellen. Vorläufig kann somit die geplante Binnenentwässerung im Bereich der Kirche mit einem Ansatz von 300.000,00€ in die Jahre 2026 ff. verschoben werden. Der vorläufige nicht erforderliche Fußwegebau erspart ca. 197.000,00€. Die Ergebnisse der Ausschreibungen für den Kindergartenneubau liegen aktuell um ca. 500.000,00€ unter den Kostenansätzen.

Die Kredite, welche lt. Plan aufgenommen werden müssen, sollen nur in der notwendigen Höhe und auch nur bei tatsächlicher Inanspruchnahme aufgenommen werden.

Stadtrat Zöllner bedankte sich für die Arbeit und bat gleichzeitig für die Planung der Einsparungen eine Aufstellung anzufertigen.

Stadtrat Greulich sah hier nur einen kurzfristigen Rettungsanker und war der Meinung, über die Jahre würden die Kosten die Stadt einholen.

2. Bürgermeister Adamek wies auf die im Jahr 2024 fehlende Stabilisierungshilfe, welche nicht gewährt wurde, hin. Diese Hilfe fehle aktuell.

Stadträtin Kirchner-Kraft fragte nach, ob man gegen die Ablehnung Widerspruch einlegen könne.

Dies verneinte Herr Adamek, da Gemeinden grundsätzlich keinen Rechtsanspruch auf Stabilisierungshilfe haben.

Stadtrat Zöllner schlug vor, über Gewerbeflächen die Gewerbesteuererinnahmen zu erhöhen.

2. Bürgermeister Adamek erklärte, dass hierfür die Flächen fehle. Bei einer Änderung des Flächennutzungsplans müsse wieder ein Ing. Büro mit einbezogen werden, was enorme Kosten darstellen würde.

Stadtrat Zöllner und Stadtrat Greulich monierten, dass bei der Beschlussfassung des Haushalts zugesichert wurde, dass dieser genehmigungsfähig ist. Desweiteren müsse alle Ausgaben und Einnahmen geprüft werden.

2. Bürgermeister Adamek erläuterte, dass die Erhöhung der Grundsteuer laut Aussage des Landratsamtes die einzige Stellschraube auf der Einnahmeseite sei.

Stadtrat Zöllner erwiderte, auch Synergien der Allianz mehr zu nutzen.

Stadtrat Piplat erläuterte, dass sich die Situation in den nächsten Jahren erschweren wird. Die Stadt würde jedoch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage bereits Abstriche auf das Minimum machen. Die Grundbedürfnisse wie Wasserversorgung, Straßen, Infrastruktur und die Lebensqualität sollte in Bayern überall gegeben sein. Hierbei ist auch der Freistaat in die Pflicht zu nehmen.

Stadtrat Weiskopf war der Meinung, dass es immer noch Ausgabepositionen auf freiwilliger Basis gebe, die viel zu hoch seien. Dies könne nicht auf dem Rücken der Bürger ausgetragen werden.

Stadtrat Johne erwiderte, dass der drastische Haushalt nicht von Kleinbeiträgen komme. Desweiteren wolle er zum Großprojekt Neubau Kindergarten noch anmerken, dass das Landratsamt mit der Schließung vom Kindergarten/ einzelner Gruppen gedroht habe, aufgrund der Platzsituation im Kindergarten. Die Stadt leiste sich keinen Luxus.

Stadtrat Zöllner und Stadtrat Weiskopf verwiesen nochmal ausdrücklich auf

den Bereich Tourismus.

Stadträtin Kirchner-Kraft stimmte dieser Aussage zu.

Stadtrat Piplat war der Meinung, dass der Tourismus die einzige Chance für die Stadt sei, auf langfristige Sicht Einnahmen und Lebensqualität zu sichern. Diesen Weg habe das Gremium bereits vor mehreren Jahren eingeschlagen.

Danach entwickelte sich eine sehr intensive Diskussion über die Ausgabesituation der Stadt in den letzten Jahren.

Vor Beschlussfassung monierte Stadtrat Zöllner, dass der Beschluss den Sparwillen und den Zwang vermissen lässt.

Stadtrat Weiskopf gab wider, dass er eine mögliche Grundsteuererhöhung der Bürger nicht mittragen könne und wolle. Diesem stimmte Stadtrat Greulich zu und verwies darauf, dass er bei Fragen aus der Bürgerschaft dies nicht verantworten könne.

Stadtrat Piplat war der Meinung, dass diese Erhöhung nicht eintreffen werde.

2. Bürgermeister Adamek gab bekannt, dass die Einsparmöglichkeiten bzw. Maßnahmen dokumentiert werden sollen. Ebenfalls wird das Thema Haushalt den Stadtrat vermutlich länger beschäftigen.

Nach weiteren intensiven Diskussion bat Herr Adamek um Beschlussfassung.

Nach kurzer weiterer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Ergänzend zum Beschluss zu TOP 3 der Sitzung des Stadtrates vom 18.04.2024 fasst der Stadtrat der Stadt Stadtprozelten folgende Beschlüsse:

1. Der Stadtrat ist sich deutlich bewusst, dass mit der aktuell beschlossenen Haushaltsplanung eine Grundsteueranhebung wie folgt zu veranlassen sein wird, ausgehend vom Stand 2023:

2025: +104,62 %
2026: +150,83 %
2027: +124,42 %.

Das würde bei einem beispielhaften Einfamilienhaus mit einer Grundsteuerbelastung im Jahr 2023 in der Höhe von 250,00€ eine Grundsteuerbelastung im Jahr 2027 in Höhe von 561,05 € bedeuten.

2. Der Stadtrat der Stadt Stadtprozelten erklärt die Absicht, die unter Nr. 1 erforderlichen Änderungen der Hebesätze entsprechend anzupassen.

3. Der Stadtrat der Stadt Stadtprozelten ist sich des Weiteren bewusst, dass mit Ablauf des 5 jährigen tilgungsfreien Zeitraumes der noch nicht aufgenommenen Darlehen eine jährliche Zusatzbelastung der Stadt in Höhe von 100.000 € auf die Stadt zukommt. Auch hier besteht die Bereitschaft, diese zusätzliche Belastung ggf. durch eine Erhöhung der Steuerhebesätze zu finanzieren. Für die Grundsteuer im Vergleich zum Jahr 2023 bedeutete dies eine Steigerung um ca. 66 Prozentpunkte.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. Stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	11	6	5

TOP 3 Anhörung Träger öffentlicher Belange - Fortschreibung Flächennutzungsplan Gemeinde Altenbuch

Die Gemeinde Altenbuch hat beschlossen seinen Flächennutzungsplan aus 1970 fortzuschreiben.

Anliegend erhalten Sie die notwendigen Unterlagen zur Trägeranhörung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

Um Stellungnahme bis zum 24.06.24 wird gebeten.

Zudem wird die Beteiligung der Öffentlichkeit in der Zeit vom 24.05.24 – 24.06.24 durchgeführt.

Die Stadt und Neuenbuch grenzen mit Waldflächen an die Gemeinde Altenbuch.an.

Auslegungslink: <https://www.stadtprozelten.de/stadtprozelten/auslegung-und-oeffentliche-bekanntmachung/>

Die Gemeinde Altenbuch hat ihren Flächennutzungsplan aktualisiert und fortgeschrieben, vor allem im naturrechtlichen Bereich und nicht benötigte Baulandflächen zurückgenommen.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten nimmt als Träger Öffentlicher Belange die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Altenbuch vom 29.02.2024 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. Stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	11	11	0

TOP 4 Bürgerfragen zur Tagesordnung

Es waren 4 Bürger anwesend.

Herr Benjamin Birkholz stellte folgende Fragen bzw. erläuterte folgende Themen:

- Informationsaustausch
Herr Birkholz empfand die Kommunikation bei dem Wasserrohrbruch oder dem Güllevorfall als nicht ausreichend. Er stimmte zu, dass die Feuerwehren mit ins Boot genommen werden müssen. Auch wurde vorgeschlagen, bei Vorfällen ähnlich des Güllevorfalls Lautsprecherdurchsagen durch die FFW zu veranlassen. Die Möglichkeiten wären gegeben.

2. Bürgermeister Adamek merkte an, dass dies beim Güllevorfall die nächste Stufe gewesen wäre, sobald die Wasserwerte nicht gepasst hätten. Das Abkochgebot war eine reine Vorsichts- und Vorsorge-maßnahme des Gesundheitsamtes Miltenberg, falls sich die Werte verschlechtert hätten, was sie jedoch nicht getan haben.
- Stabilisierungshilfe
Herr Birkholz war der Meinung, dass die Finanzen nicht zu gut für die Stabilisierungshilfe seien und wollte wissen, wie der weitere Ablauf nun sei.

2. Bürgermeister Adamek informierte, dass die Stabilisierungshilfe längstens 5 Jahre am Stück zu bekommen sei. Dies war bei der Stadt Stadtprozelten von 2018-2022 der Fall. Der Antrag für 2024 wurde bereits gestellt. Desweiteren werde Herr Adamek noch einen Termin im Finanzministerium vereinbaren.
- Gewerbe
Herr Birkholz war der Meinung, dass die Gewerbesteuer ausreiche, man soll versuchen Attraktivität für Arbeitgeber zu erreichen. Sollte aufgrund der Flächen keine Gewerbeflächen möglich sein, schlug Herr Birkholz vor, Büroflächen herzustellen. Dies im Zusammenhang mit Glasfaserausbau und einer besseren Infrastruktur könnte die Attraktivität schon erhöhen.
- Allianz
Herr Birkholz merkte an, dass Ihm der Allianzgedanke zu wenig getragen werde. Die Gemeinden sollten mehr zusammenarbeiten. Die Bauhöfe und die Feuerwehr würden das bereits gut umsetzen. Bezüglich des Glasfaserausbaus wäre hier vielleicht ein gemeinsamer Sachverständiger für die Bauschäden und Mängel von Vorteil.
- Kindergarten
Herr Birkholz fragte nach der aktuellen Ausgabensituation beim Neubau des Kindergartens.

Öffentliche Sitzung des Stadtrates Stadtprozelten am 20.06.2024 - 10 -

Herr Adamek sprach von insgesamt abgerechneten Kosten aktuell von 850.000,00€.

- Straßen Neuenbuch
Herr Birkholz monierte, dass die Firma, welche die Straßenausbesserungen in Neuenbuch durchführte, nochmal an einigen Stellen nachbessern müsse. Durch Autos und landwirtschaftliche Fahrzeuge werden zum Teil die Reparaturstellen am Feuerwehrhaus stark beansprucht, wodurch Splitt überall verteilt werde.

.....
Walter Adamek
2. Bürgermeister

.....
Eric Jaromin
Schriftführer